

Elektronische Patientenakte: Grüne wollen Wahlrecht für Versicherte

Berlin, 14.02.2019, 08:23 Uhr

GDN - Die Grünen verlangen bei der elektronische Patientenakte ein Wahlrecht für die Versicherten. Das heißt: TK-Versicherte sollen nicht automatisch die derzeit von der TK mit IBM entwickelte Akte erhalten, sondern sich auch für einen anderen Anbieter entscheiden können, berichtet das "Handelsblatt".

Das gleiche gilt für die DAK, die beim Thema Digitalisierung mit dem Anbieter Vivy zusammenarbeitet. Bisher gibt es drei verschiedene Modelle der Akte, die sich unter anderem dabei unterscheiden, wo die Daten gespeichert sind und wer wann und wie Zugriff darauf hat. "Grundsätzlich würde ich ein solches Wahlrecht des Versicherten für den richtigen Weg halten", sagte die Grünen-Gesundheitspolitikerin Maria Klein-Schmeink dem "Handelsblatt". Voraussetzung dafür wäre, dass die Akte über eine Zertifizierung bezüglich Datenschutz und Datensicherheit verfügt. Die Krankenkassen werden in dem derzeit im Bundestag zur Beratung anstehenden Termin-Service-Gesetz verpflichtet, ihren Versicherten spätestens ab 2021 eine elektronische Patientenakte anzubieten. Nach den Vorstellungen der Grünen böte ein Wahlrecht ganz andere Möglichkeiten, was die Nutzung der Akte angeht. Zum einen müsste eine solche frei verfügbare Akte natürlich alle strengen Datenschutzerfordernungen erfüllen. Über die Akte wäre es zudem möglich, das Profil des Versicherten mit weiteren Informationen zu verbinden wie bestimmte Behandlungsmöglichkeiten. Auf diese Zusatzinformationen, bereit gestellt zum Beispiel von Patientenorganisationen, könnte der Versicherte über seine Akte Zugriff erhalten. Bislang sehen die Kassen die Akte eher als Teil ihres Internetauftritts gegenüber den Versicherten. Allerdings ist auch jetzt schon vorgesehen, dass ein Versicherter seine Akte beim Wechsel der Krankenkasse zur neuen Kasse mitnehmen können muss. Damit wären in Zukunft grundsätzlich auch die technischen Voraussetzungen für eine freie Wahl der Akte gegeben. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen wünscht sich gleichwohl eine Art Monopol für die Kassen als Anbieter der Akte gegenüber ihren Versicherten. Die Akte würde damit Teil des Markenauftritts einer Kasse werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-120036/elektronische-patientenakte-gruene-wollen-wahlrecht-fuer-versicherte.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619